

keit vorgegangen werden. „Nur so kann es am Ende Akzeptanz für einen Endlagerstandort geben – egal, wo er dann in der Republik liegen wird.“

Von der Politik erwarte sie, „jetzt zur gemeinsamen Verantwortung zu stehen und dem Verfahren Rückhalt zu geben“, sagte Schulze. „Das Verfahren ist gut, es verdient Vertrauen.“ Die FDP erklärte, man werde genau hinschauen, um politisch motivierte Entscheidungen in dieser rein wissenschaftsbasierten Phase auszuschließen. Es dürfe keinen vorzeitigen Ausschluss von Standorten geben, wie beispielsweise im Koalitionsvertrag der bayerischen Landesregierung.

Der Suchraum für ein Atomendlager soll in den kommenden Jahren immer weiter eingegrenzt werden, geregelt durch das Standortauswahlgesetz (StandAG). In drei Phasen werden die Gebiete, die als möglicher Standort für ein Endlager infrage kommen, immer eingehender untersucht. Auch eine über- und untertägige Erkundung der möglichen Gebiete wird im Verlauf des weiteren Verfahrens vorgenommen.

Von einer Vorentscheidung sei man weit entfernt, versichert die BGE. Aspekte wie beispielsweise die Siedlungsdichte, Natur- oder Wasserschutzgebiete sind im bisherigen Verfahren noch gar nicht berücksichtigt worden. Diese Kriterien kommen jedoch immer nur dann zum Zug, wenn die geologischen Voraussetzungen an einem anderen vergleichbaren Standort ebenso gut sind.

”

„Wenn man breit angelegt diskutieren möchte, bleibt die Frage, warum man Gorleben fundamental ausschließt.“

Markus Söder

Bayerns Ministerpräsident

Bis 2031 soll ein Endlager gefunden werden, das am Ende geeignet sein muss, „mehrere Eiszeiten unbeschadet zu überstehen“, wie Kanitz sagt. Auch deswegen sind langfristige oberirdische Zwischenlagerungen des hochradioaktiven Abfalls keine Alternative zu einem Endlager in tiefen Gesteinsschichten. Der jetzt vorgestellte Bericht ist lediglich der erste Schritt der ersten Phase und Grundlage für die Beteiligung der Öffentlichkeit, die im Oktober mit einer Auftaktveranstaltung in Kassel beginnt. Man werde sich die Argumente anhören und später erklären, warum manche übernommen werden und andere nicht. „Wer uns fragt, der bekommt auch eine Antwort. Das ist unser Anspruch“, sagte Kanitz. Bis Juni 2021 soll diese inhaltliche Diskussion beendet sein. ▶ Kommentar Seite 15

BGE-Geschäftsführer Kanitz (l.) und Studt: „Die Chance, ein Endlager zu finden, steht sehr gut.“



Es ist ernst, nehmen Sie es auch ernst.“ Diesen Satz hat Angela Merkel in Variationen immer wieder gesagt, wenn sie vor den Folgen der Corona-Pandemie warnte. Angesichts steigender Infektionszahlen drängt sich der Kanzlerin nun aber offenbar der Eindruck auf, dass die Gefahr nicht mehr ernst genug genommen wird.

Vor dem Treffen mit den Ministerpräsidenten an diesem Dienstag rechnete sie deshalb vor, was passiert, wenn es mit den Ansteckungen so weitergeht: Dann werde es zu Weihnachten 19.200 Neuinfektionen am Tag geben, sagte Merkel nach Teilnehmerangaben am Montag beim Treffen des CDU-Präsidiums.

Seit Juni haben sich die täglichen Fallzahlen etwa verdreifacht. Am Samstag hatten die Gesundheitsämter 2507 neue Fälle gemeldet, so viele wie zuletzt im April. Bei ihrer Videokonferenz wollen die Regierungschefs aus Bund und Ländern mit Blick auf den Beginn der Herbstferien und die kalte Jahreszeit über die nächsten Schritte in der Pandemiebekämpfung beraten. Merkel sagte, Priorität hätten Schulen, Kitas – und die Wirtschaft.

Tatsächlich ist dort die Sorge groß, dass bisher erreichte Erfolge wieder verspielt werden und es erneut zu Einschränkungen im Wirtschaftsleben kommt. Industriepräsident Dieter Kempf begrüßt deshalb die angekündigte Neuausrichtung der Teststrategien in Bund und Ländern, die eine Nutzung von Schnelltests vorsehen soll.

„Angesichts wieder steigender Infektionszahlen gibt es keine Alternative zu einem umfassenden, schnelleren und zielgerichteten Testen“, sagte Kempf dem Handelsblatt. Er forderte Politik und Selbstverwaltung auf, für den Einsatz von Schnelltests auch in den ärztlichen Praxen die notwendigen regulatorischen Rahmenbedingungen zu schaffen, etwa für eine Vergütung des Arztes.

Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer appellierte an die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin, sich auf eine möglichst übersichtliche, einheitliche Regelung zu verständigen, statt „am bisherigen, leider nicht kleiner werdenden Flickenteppich festzuhalten“. Selbstverständlich müsse auch künftig auf unterschiedliche Pandemiesituationen vor Ort passgenau reagiert werden.

„Aber wir brauchen ein gemeinsames Grundverständnis von Bund und Ländern darüber, dass dies bundesweit möglichst einheitlich geschieht“, sagte Wollseifer. „Hierfür könnte ein Ampel-System unter Umständen ein Ansatzpunkt sein, bei dem die jeweilige Signalfarbe überall zu annähernd gleichen Maßnahmen führt.“

Leitlinien des Bundes

Auch Ministerpräsidenten machten sich für ein einheitliches Vorgehen stark. Die rheinland-pfälzische Regierungschefin Malu Dreyer (SPD) sagte, sie werde sich „für ein Alarmsystem zur situationsgerechten Corona-Eindämmung einsetzen, das einen dezentralen Ansatz für Kreise und Städte verfolgt“. Soll heißen: Der Bund bündelt die wissenschaftlichen Erkenntnisse, auf die die Länder aber flexibel reagieren können. „Wenn in München die Infektionszahlen durch die Decke gehen, brauchen wir in Mainz, Koblenz oder Ludwigshafen keine Maskenpflicht auf öffentlichen Plätzen.“

Coronakrise

Merkel fürchtet zweite Welle

Vor dem Gespräch mit den Ministerpräsidenten warnt die Kanzlerin vor 19.200 Neuinfektionen pro Tag. Neue Einschränkungen würden auch der Wirtschaft schaden.



Kanzlerin Angela Merkel: Warnende Worte im CDU-Präsidium.

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hatte im Handelsblatt eine Ampellösung ins Spiel gebracht. Ob die Ampel von Grün auf Gelb oder Rot springt, soll deshalb neben der Zahl der Neuinfektionen auch von Faktoren wie der Kapazität der Krankenhäuser, der Zahl der Intensivpatienten oder dem Anteil rückverfolgbarer Infektionen abhängen. Auch Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sprach sich für eine Ampellösung aus. dpa, fsp, str

Anzeige

Digitale
Veranstaltung
3. – 5.11.2020

Handelsblatt Jahrestagung

European Banking Regulation

DIGITAL EDITION

Orientierung und wertvolle Fachinformationen von Aufsicht, Politik, Kreditwirtschaft, Verbänden und Prüfung



Andrea Enria
Chair of the
Supervisory Board,
EZB



Raimund Röseler
Exekutivdirektor,
BaFin



Dr. Eva Maria Wimmer
Abteilungsleiterin
Finanzmarktregulierung,
Bundesministerium
der Finanzen

© Bundesministerium der Finanzen,
Photothek, Felix Zahn

Jetzt anmelden:
banking-regulation.com/de



Handelsblatt
Substanz entscheidet.